

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/39

Bonn, den 25. Februar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Nicht mit dem Feuer spielen</u> Flucht in den Nationalismus als Ausweg ? Von Waldemar von Knoeringen	94
3	<u>Spekulationen statt Politik</u> Entscheidungsschwache Bundesregierung	29
3	<u>Schäbig</u> Die Bundeswehr gehört uns allen	18
4	<u>Unsere Jugend braucht Vertrauen</u> Zum öffentlichen Jugendkongreß der SED in Bad Godesberg Von Dr. Waldemar Ritter	38
5 - 6	<u>Die Verwirklichung des Rechtsstaates in Griechenland</u> Gesetz über die Verantwortung der Minister Von Dr. B. P. Mathiopoulos	98

Nicht mit dem Feuer spielen

Flucht in den Nationalismus als Ausweg ?

Von Waldemar von Knoeringen

Die sogenannte "nationale Welle" existiert nicht nur in den Wunschträumen interessierter Politiker, sondern tatsächlich. Ich halte sie im Kern für eine durchaus natürliche Erscheinung, für eine Reflexion vor allem der Bitterkeit darüber, daß die Nation nun schon 20 Jahre im Zustand der Spaltung lebt und die abschätzbaren Wiedervereinigungsfristen sich eher verlängern denn verkürzen. Außerdem spürt unser Volk ziemlich unvermittelt, daß sein Staatsschiff ausgelassen ist auf hohe See, daß Wellenberge und stürmische Winde den CDU-Kapitän und seine Mannschaft überfordern. Das Warten im geschützten Binnenmeer ist zu Ende.

Zeiten sich abzeichnender Verbitterung, Enttäuschung und Unsicherheit haben stets die "starken Männer" gelockt. Es kann insofern nicht einmal überraschen, wenn in einem Bundestagswahljahr solche Politiker, die sich zur Stärke berufen fühlen, sich Chancen errechnen, von der "nationalen Welle" emporgespült zu werden. Es gibt Anzeichen dafür, daß - unter Berufung auf legitime nationale Vorstellungen - die Spekulation auf nationalistische Emotionen in die deutsche Politik zurückkehrt. Davor muß frühzeitig gewarnt werden.

Auch wenn es sich nur um taktische Versuche handelt, um ein wahlterminbezogenes "Aufheizen" ansprechbarer Wählerschichten: Hier ist ein Feuer, mit dem man nicht leichtfertig spielen darf. Jeder Deutsche weiß aus schmerzlicher Erinnerung, was es der Nation jeweils eingebracht hat, wenn patriotische Gefühle die sachliche Politik verdrängten. Die Ergebnisse haben wir alle bezahlt.

Es gibt eine klare Grenze zwischen positiver, staaterhaltender nationaler Gesinnung und nationalistischer Verzerrung. Das wissen auch jene, die in einer Flucht in den Nationalismus das Mittel entdeckt zu haben glauben, einer vorwärts drängenden Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. Ein sehr altes Mittel, wie man weiß. Man kann natürlich niemanden daran hindern, der den Ehrgeiz hat, sich in fortschrittlicher Zeit den zurückgebliebenen Verfechtern untergegangener Systeme anzuschließen. Aber es sollte doch darauf verwiesen werden, daß die Verteufelung der Sozialdemokratie als "national unzuverlässige Partei" aus der verrosteten Waffenkammer genau der Kräfte stammt, die die Nation in den Abgrund führten. Wenn sich die SPD zur Nation, zu Deutschland, zum ganzen Deutschland bekennt, so kann sie mit Fug und Recht dieses Bekenntnis auch ableiten aus ihrem Widerstand gegen Hitler. Wer wollte heute noch bestreiten, daß dieser Widerstand geleistet wurde, um die Nation zu retten?

Auch die Wurzel der Sozialdemokratie in Deutschland war niemals antinational, sondern humanistisch und demokratisch. Es waren die Entrechteten einer längst vergangenen Gesellschaftsordnung, die aus Not und Deklassierung aufstanden und auftraten, ihr Recht zu erstreiten. Deutsche, die für ihr Vaterland eine menschenwürdige gerechte Staatsform schaffen wollten: den sozialen demokratischen Rechtsstaat. Also den Staat, den wir heute verwirklichen, den wir gemeinsam verteidigen.

Ich meine, daß verantwortungsbewusstes Nationalgefühl auch heute eine wichtige Funktion hat. Sowohl, um autoritäre Bestrebungen abzuwehren, als auch in Bezug auf die kommenden weltpolitischen Entwicklungen. Die "Gewitterzonen", von denen Bundeskanzler Erhard bildhaft spricht, erfordern ein engeres Zusammenrücken. Um so unverantwortlicher müssen in dieser für die Nation kritischen Zeit die spalterischen Spekulationen auf einen Neo-Nationalismus erscheinen. Es ist nötig, sie rechtzeitig zu isolieren, bevor nationalistische Tendenzen die Bundesrepublik isolieren.

Ein oft künstliches Aufreißen von Gegensätzen liegt heute in der Natur einer Wahlauseinandersetzung. Eine höhere nationale Verpflichtung darf jedoch niemand übersehen lassen, in welcher Situation wir uns befinden. Ein potenter Kommunismus steht an der Elbe. Auch nach dem September 1965. Sein Ziel ist es, unsere Vergangenheit solange zu "bewältigen", bis er am Rhein steht. Eine isolierte Bundesrepublik wäre für ihn genau das Vakuum, das er zur Durchsetzung seines Machtanspruchs braucht. Nationale Politik in Deutschland, das kann heute nur das Bemühen sein, in Geschlossenheit und Prinzipientreue auf dem Boden der mühsam genug erungenen Demokratie zu bleiben und von hier aus für die Selbstbehauptung des Teiles und für die Vereinigung des Ganzen zu arbeiten.

National getarnter Macht egoismus wirkt auch auf eine gewisse innere Zerrissenheit unseres Volkes, die die zwölfjährige Hitlerzeit geschaffen hat und von der uns nun 20 Jahre trennen. Ich halte es für dringend nötig, den Weg zur Aussöhnung zu suchen, NS-Verbrecher müssen bestraft werden. Jedoch sollte die Vergangenheitsbewältigung durch die Medien der Publizistik berücksichtigen, daß die heute lebende mittlere Generation bereits unschuldig ist am Unrechtsstaat, und daß es der Jugend niemand verübeln kann, wenn sie nicht bereit ist, indirekt für die Sünden der Väter kollektiv mitzubüßen, man darf dieser Jugend nicht den Weg zu gesunder nationaler Mitverantwortung verbauen, indem man ihr mehr oder weniger den Eindruck vermittelt, ihr Staat sei nichts als eine Konkursmasse des Zweiten Weltkriegs. Man kann den Nährboden neuer Rattenfänger auch düngen, ohne es zu wollen.

Wir müssen den Blick richten auf die großen Gemeinschaftsaufgaben der Nation, und wir müssen unablässig um Vertrauen werben überall in der Welt. Es ist nur eine dünne Vertrauensgrundlage, die sich langsam gebildet hat. Leicht könnte sie brechen, wenn plumper Nationalismus den Boden stampft.

Ich habe diese Betrachtung absichtlich sehr weit gespannt, denn hinter dem zunächst sicher nur wahltaktischen Ausgangspunkt schimmert das Verhängnis der Vergangenheit unserer Nation durch. Darum müssen wir warnen. Es wird in den kommenden Wochen und Monaten eine selbstverständliche Pflicht der Sozialdemokratie sein, jeder Art von demagogischer Spekulation auf nationalistische Gefühlsaufwallungen entgegenzutreten, wo immer "starke Männer" glauben, durch Wahlkampf-Nationalismus ihrer persönlichen Macht dienen zu können. Sie tut dies, um die Nation vor neuem Schaden zu bewahren.

Spekulationen statt Politik

Entscheidungsschwache Bundesregierung

sp - Der Amerikanische Besucher in Israel, Harriman, wird in Jerusalem nicht als Vermittler im Namen der deutschen Regierung angesehen. Aber in Bonn behaupten manche, auch solche, die an verantwortlicher Stelle stehen und reale Politik für Deutschland machen sollten, daß nach Spanien und Jordanien, die in Kairo für die Bundesrepublik tätig wurden, nun Washington in Israel helfend eingreifen werde. Sie fliehen in diese Illusion, weil sie bisher keinen eigenen Einfall oder keinen Mut zu einem wirklich sichtbaren Schritt hatten, der sie aus dem Trümmerfeld herausführen müßte, in dem die Bundesregierung noch immer verharret.

Es gibt keine Lösung in der verwirrten Lage im Nahen Osten ohne eine Entscheidung der deutschen Regierung. Man muß sich, wie die Dinge liegen, die Rede des israelischen Ministerpräsidenten Eschkol vor der Knesseth noch einmal ansehen. Sie gilt noch, wie man weiß, soweit das Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel zu ordnen, zu normalisieren ist. Was will die Bundesregierung tun?

Aber man läßt es im deutschen Regierungslager nicht bei hoffenden Spekulationen bewenden. Streng vertraulich, unter dem Siegel größter Verschwiegenheit teilen beflissene Parlamentsmitglieder der CDU/CSU ausgewählten Journalisten in Bonn mit, es sei gar nicht wahr, daß Franz Josef Strauß krank in Rott am Inn liege, er sei vielmehr - nach Israel gereist, als Vermittler und zwar im Vertrauen des Bundeskanzlers.

Das ist doch ein Einfall! Wenn es schon nicht Politik ist, so ist es doch eine Sensation. Strauß als Vermittler, ausgestattet mit Takt und diplomatischem Geschick, etwas außerhalb der Legalität und mit dem respektablen Ansehen, das er in der internationalen Diplomatie genießt.

Nein, in Bonn ist nichts unmöglich, nicht einmal ein Karnevalgerücht. Oder ...?

+ + +

Schäbig

Die Bundeswehr gehört uns allen

sp - Bei der zweiten Lesung des Einzelplan 14 (Verteidigungshaushalt) ist es recht hitzig zugegangen und wieder einmal konnte die CDU, vor allem deren Sprecher Rasner, der Versuchung nicht widerstehen, den Verteidigungswillen der Sozialdemokratie in Frage zu stellen. Diese alte Masche wiederholt sich fast alljährlich, man könnte darüber zur Tagesordnung übergehen, wenn dabei nicht so viel auf dem Spiel stünde. Fritz Erler warnte zu Recht die CDU vor dem Versuch, zwischen der SPD und der Bundeswehr einen Graben aufzureißen, denn bei einem möglichen Gegner könnten Zweifel an der Verteidigungsbereitschaft des ganzen deutschen Volkes auftauchen. Die verhängnisvollen Folgen kann sich jeder ausdenken. Die Sozialdemokraten hätten viele gute Gründe zur Stimmenthaltung anzuführen. Bundesverteidigungsminister von Hassel sieht sich mehr als Parteimann, denn als Sachverwalter einer Institution, die uns allen gehört. Kritik an seiner Amtsführung bedeutet keine Verneinung der Landesverteidigung. Das hat sich inzwischen auch in unserem Volke und bei der Bundeswehr herumgesprochen - zum Ärger der Unionsparteien - den sie dann bei solchen Gelegenheiten durch unqualifizierte Ausfälle und Unterstellungen Luft machen.

+ + +

Unsere Jugend braucht Vertrauen

Zum öffentlichen Jugendkongreß der SPD in Bad Godesberg

Von Dr. Waldemar Ritter

Am 6. März 1965 wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wieder einen "Öffentlichen Jugendkongreß" in Bad Godesberg veranstalten. Das Interesse der Öffentlichkeit dürfte sich dabei auf die "Jugendpolitischen Leitsätze" richten, die auf diesem Kongreß zur öffentlichen Diskussion gestellt werden. Zusammen mit der jungen Generation in unserem Lande will die SPD an den vor vier Jahren ebenfalls in Bad Godesberg veranstalteten Kongreß "Junge Generation und Macht" anknüpfen und die dort begonnene Diskussion mit der Überzeugung weiterführen, daß unsere Jugend angesprochen und gefordert werden will. Die Diskussion wird also von dem Grundgedanken bestimmt sein, daß unsere Jugend Vertrauen und Hilfe, Aufgaben und Perspektiven braucht, damit sie die Zukunft zu meistern vermag.

Die Hamburger Jugendsenatorin, Frau Irma Keilhack, wird den Kongreß eröffnen und begrüßen. Das Hauptreferat am Vormittag hält Dr. Carl Ludwig Furck, Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg, zu dem Thema "Leistung und Bewährung unserer Jugend". Danach werden der Bundesvorsitzende der SJD "Die Falken", Horst Zeidler, und der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten in der SPD, Dr. Günther Müller, zu den "Jugendpolitischen Leitsätzen der SPD" Stellung nehmen. Am Nachmittag ist zunächst eine große Diskussion im Plenum vorgesehen, an der jeder Teilnehmer ohne den Filter von Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit hat, das Wort zu ergreifen. Höhepunkt des Kongresses wird die Rede des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Fritz Erler, sein, der zu dem Grundgedanken des Kongresses "Aufgaben und Vertrauen für die junge Generation" sprechen wird.

Die Teilnehmer in Bad Godesberg sind insbesondere junge Bundes- und Landtagsabgeordnete der SPD, Minister und Senatoren, führende Vertreter der Jugendverbandsarbeit, der freien und behördlichen Jugendarbeit, junge Wissenschaftler und Schriftsteller, Soldaten und Jugendoffiziere der Bundeswehr, aktive Sportler und Fachleute aus der allgemeinen Jugendarbeit. Bewußt ist dieser Kongreß nicht nur für Mitglieder der SPD gedacht, sondern für alle, die ein gutes Stück Arbeit für die junge Generation in Deutschland leisten.

Worauf es in Bad Godesberg ankommt, ist die Notwendigkeit, die Probleme der deutschen Jugend und der deutschen Jugendpolitik neu zu durchdenken und zu richtungweisenden Aussagen zu verdichten.

Die Verwirklichung des Rechtsstaates in Griechenland

Gesetz über die Verantwortung der Minister

Von Dr. B. P. Mathiopoulos

Die heutige Regierung Papandreou hatte als Opposition versprochen, einen Rechtsstaat zu bilden und dem Volke zu zeigen, daß seine Staatsmänner als Diener der Öffentlichkeit dem Wohle des Volkes dienen. Die Regierung Papandreou hat die vielen Möglichkeiten, die die politische Demokratie bietet, in ihren Gesetzen verwertet, um ihre Ziele zu erreichen. So verabschiedete sie z.B. ein Gesetz zur Säuberung des politischen Lebens von Gerüchten über angeblich unlautere Handlungen der Mitglieder der Regierung.

Alle Regierungschefs und Minister, die seit Kriegsende in Griechenland fungierten, müssen nach diesem Gesetz einen Nachweis ihres Vermögens führen. Dazu muß dem Präsidenten des Parlaments eine ausführliche Erklärung vorgelegt werden, in der die Herkunft aller Vermögensteile, auch der Angehörigen der Regierungsmitglieder, dargelegt werden muß. Dieses Gesetz findet selbstverständlich auch Anwendung auf die heutigen Regierungsmitglieder. Jede dieser abgegebenen Erklärungen muß danach wörtlich in der griechischen Presse erscheinen, jeder Staatsbürger hat nun das Recht, zu beweisen, daß Teile dieser Erklärung unzutreffend waren. Im Falle eines unbegründeten Einspruchs gegen diese Erklärungen ergaben sich jedoch schwerwiegende Folgen für den Einsprechenden. Das griechische Volk hat danach zwei Monate Gelegenheit, die Darlegungen ihrer Regierungsmitglieder zu lesen und konnte diesen z.B. entnehmen, daß der heutige Regierungschef Papandreou nach seiner 50-jährigen Tätigkeit im Dienste des griechischen Staates nur eine bescheidene Wohnung in der Nähe Athens besitzt. Ebenfalls lebt der Führer der Opposition, Kanellopoulos, Leiter der ERE-Partei, nur von den Einkünften seiner schriftstellerischen Tätigkeit und den Bezügen als Abgeordneter des Parlaments.

In diesem Zusammenhang berichtete kürzlich die internationale Presse aus Athen über die Bildung eines Ausschusses zur Prüfung der Fragen, ob sich der ehemalige Ministerpräsident Karamanlis und einige seiner Mitarbeiter Nachlässigkeiten im Laufe ihrer Amtszeit zuschulden kommen lassen, die den Interessen des griechischen Staates zuwiderlaufen. In Griechenland besteht seit dem Jahre 1876 ein Gesetz über die Verantwortung der Minister; dieses Gesetz beschränkt sich jedoch nicht allein auf eine parlamentarische Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit. Dieses Gesetz garantiert durch ein besonderes Prozeßverfahren die Ehre der Minister, so daß das Parlament nur in besonderen Fällen ehemalige Kabinettsmitglieder vor Gericht stellen kann.

Das Parlament entscheidet nach einer ausführlichen Debatte in einer einmaligen Abstimmung mit einfacher Mehrheit, ob die Bildung des Untersuchungskomitees erfolgen soll.

Sollte das Abstimmungsergebnis zur Bildung eines Komitees führen, wählt der Parlamentspräsident einen zwölfköpfigen Ausschuß aus den Abgeordneten aller Parteien und namhaften juristischen Abgeordneten. Der Ausschuß hat in kurzer Zeit nach dem Anhören aller Seiten dem Parlament einen Bericht vorzulegen, über die Annahme dieses Berichtes entscheidet das Parlament ebenfalls mit einfacher Mehrheit. Nach diesem Abstimmungsergebnis wird das Sondergericht vom Präsidenten des Kassationshofes (das Oberste Gericht Griechenlands) und Mitgliedern der Präsidien der Oberlandesgerichte bestimmt. Als Staatsanwälte fungieren auch Parlamentsabgeordnete, die im Gericht den Inhalt des Berichtes als Vertreter der Anklage darstellen.

Das Gesetz über die Verantwortung der Minister sieht auch vor, daß die Handlungen der Regierungsmitglieder, die Gegenstand der Anklage sind, bereits nach drei Parlamentssynoden (eine Synode ungefähr ein Jahr) verjähren. In dem hier vorliegenden Fall hat eine Verjährung bereits stattgefunden, die letzte Entscheidung über diese Frage behält sich jedoch das Sondergericht vor.

Man wirft dem ehemaligen Wirtschaftsminister und dem ehemaligen Ministerpräsidenten vor, daß sie in einem Vertrag mit der französischen Firma Pechiney zur Gründung einer Aluminiumindustrie in Griechenland im Jahre 1962 den Strom zu einem höheren Preis als den Produktionskosten der französischen Firma verkaufen wollten. Durch diese Maßnahme wären dem griechischen Fiskus Schäden in Höhe von mehreren Millionen Dollar entstanden. Die jetzige Regierung hat bereits zu Beginn ihrer Tätigkeit erklärt, daß sie auf einer Revision des Vertrages bestehe. Dies wurde von der französischen Firma akzeptiert und die zur Zeit stattfindenden Verhandlungen, die von dem griechischen Ministerpräsidenten persönlich geführt werden, kommen in Kürze zum Abschluß.

Ähnliches geschah mit Vertragsbedingungen, die in einem Abkommen zwischen der griechischen Regierung und der Firma Esso (USA) ebenfalls zu einer Revision zugunsten des griechischen Fiskus führten. Im Falle Pechiney brachte die äußerste Linke einen Antrag zur Bildung des Untersuchungsausschusses ein. Der Regierungschef stellte den Abgeordneten die Zustimmung oder Ablehnung des Antrages frei, so daß bei der geheimen Abstimmung etwa 25 Regierungsabgeordnete gegen den Antrag stimmten. Der Antrag erhob Vorwürfe gegen fünf ehemalige Kabinettsmitglieder, das Parlament hat jedoch nur für drei Mitglieder die Einsetzung eines Ausschusses gebilligt. Es handelt sich hierbei um den Ministerpräsidenten Karamanlis, den ehemaligen Koordinationsminister Papaligouras und den ehemaligen Industrieminister Martis.

Es kam zur Bildung des zwölfköpfigen Untersuchungsausschusses, in dem auch Vertreter der ERE-Partei, denen die drei ehemaligen Minister angehören, vertreten sind. Innerhalb der nächsten acht Wochen ist mit einer Bekanntgabe des Urteils zu rechnen. Es bleibt dabei abzuwarten, ob der im Selbstexil in Paris lebende ehemalige Ministerpräsident Karamanlis auf Wunsch des Komitees zur Aussage nach Athen zurückgeht.

Politische Beobachter in Athen erklärten, daß es Herrn Karamanlis in den früheren Wahlen durch Manipulationen gelang, die absolute Mehrheit zu gewinnen, besonders in den Wahlen von 1961.

Bei den erstmals freien Wahlen im November des Jahres 1963 konnte Karamanlis 35 Prozent der Wählerstimmen für sich verbuchen. Statt diese Wählerschicht als Oppositionsführer im Parlament zu vertreten, ernannte er einen Vertreter als Führer der Opposition und zog sich nach Paris zurück.

Politische Beobachter in Athen sehen keine Anzeichen für eine "Verschwörung" in Athen, auch dürften keine Bestrebungen im Gange sein, Karamanlis eine Rückkehr in das politische Leben Athens zu verwehren. Das Urteil des Sonderausschusses steht allerdings noch aus.